

Ehrverletzungen über die sozialen Medien

«Im Facebook werden bösartige Beiträge über mich veröffentlicht. Die Beiträge werden zwar mehrheitlich nur von einer Person verfasst, die Beiträge werden aber häufig «geliked» oder sogar geteilt. Kann ich dagegen strafrechtlich vorgehen?»

Die strafbaren Handlungen gegen die Ehre sind in den Artikeln 173 ff. des Strafgesetzbuchs geregelt. Strafbar ist unter anderem, wer jemanden (wider besseres Wissen) bei einem andern eines unehrenhaften Verhaltens oder anderer Tatsachen, die geeignet sind, seinen Ruf zu schädigen, beschuldigt oder verdächtigt.

Es spielt dabei keine Rolle, ob die üble Nachrede respektive die Verleumdung mündlich erfolgte oder ob die Äusserung durch Schrift, Bild, Gebärde oder durch andere Mittel platziert wurde. Der Umstand, dass die Äusserungen im Internet über das Facebook erfolgten, ist folglich unerheblich.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass das Erstellen von ehrverletzenden Beiträgen grundsätzlich strafbar ist. Doch wie steht es mit dem Liken oder Teilen eines solchen Beitrags?

Der Gesetzgeber stellt nicht nur die Beschuldigung oder Verdächtigung, sondern auch die Verbreitung ehrverletzender Äusserungen – als

eigenständiges Delikt – unter Strafe. Indem Facebook-Beiträge «geliked» oder geteilt – und damit markiert – werden, kann sich die Sichtbarkeit des Beitrags erhöhen, was wiederum zur Verbreitung der ehrverletzenden Äusserung über die sozialen Netzwerke führen kann.

Die Vollendung eines ehrverletzenden Tatbestands durch Weiterverbreitung setzt aber voraus, dass der markierte Beitrag einer Drittperson mitgeteilt wurde. Das ist dann der Fall, wenn die ehrverletzende Äusserung durch die Markierung für weitere Drittpersonen sichtbar und von diesen auch wahrgenommen wurde. Teilt ein Nutzer einen ehrverletzenden Beitrag nur für sich – ohne, dass andere Personen den Beitrag sehen können – sind die Voraussetzungen für eine Verbreitung also nicht gegeben.

Ob mit der Markierung eines Beitrags die Voraussetzungen, welche an die strafbare Weiterverbreitung ehrverletzender Äusserungen gestellt werden, tatsächlich erfüllt

sind, hängt also vom Einzelfall ab.

Zum Schluss sei betont, dass Ehrverletzungsdelikte – als Antragsdelikte – zwingend innert drei Monaten seit dem Tag, an welchem der antragsberechtigten Person die Täterschaft bekannt wird, bei den Strafverfolgungsbehörden zur Anzeige gebracht werden müssen. Danach ist das Antragsrecht verwirkt.



Rahel Schilling,
Rechtsanwältin
und Notarin

**Küng Rechtsanwälte &
Notare AG, Gossau**

www.kuenglaw-sg.ch

19. März 2020 /
Rahel Schilling

KÜNG
Rechtsanwälte & Notare